

BESPRECHUNGEN

Gesellschaftspolitik

WINGEN, Max: *Familienpolitische Denkanstöße*. Sieben Abhandlungen. Grafschaft: Vector-Verlag 2001. 291 S. (Connex – Gesellschaftspolitische Studien. 1.) Br. 22,-.

Mit einer Sammlung familienwissenschaftlicher Beiträge von Max Wingen eröffnete das im Jahr 2001 an der Katholischen Universität Eichstätt gegründete „Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft“ seine Buchreihe „Connex – Gesellschaftspolitische Studien“. Die Fragen, wie wichtig die Familie für unsere Sozial- und Wirtschaftsordnung ist und wie Familienpolitik als gesellschaftliche „Querschnittspolitik“ zu entfalten wäre, um der gesellschaftlichen Bedeutung der Institution Familie und der Entfaltung ihres „Leistungspotentials“ (vgl. 16) angemessen Rechnung zu tragen, bilden den roten Faden, der die sieben Beiträge (und darüber hinaus das familienwissenschaftliche und -politische Œuvre Max Wingens) verbindet. Sie umfassen nach einer Übersicht über das Spektrum familienwissenschaftlicher Forschung von der Familiensoziologie bis hin zur Sozialgeschichte im ersten Beitrag vor allem Aspekte der Familiensozialpolitik, der Bevölkerungspolitik und des Familienrechts, während der letzte Beitrag eine sehr informative (autobiographisch eingefärbte) Bilanz über 50 Jahre Familienpolitik skizziert.

Der zweite, mit fast 80 Druckseiten längste Beitrag bildet das Kernstück des Bandes. Darin erörtert Wingen ein breites Spektrum ordnungspolitischer Aufgaben für eine Familienpolitik, die den veränderten Familienrealitäten in der modernen Gesellschaft zu entsprechen und die besonderen Belastungen, die diese Institution zu tragen hat, wenigstens annähernd auszugleichen vermag. Dementsprechend geht es einerseits um Dimensionen einer familiengemäßen Einkommensgestaltung, andererseits um eine kritische Diskussion jener (nicht zuletzt vom Herausgeber der Reihe vertretenen) institutionenökonomischen Position, die Familienpolitik als An-

reizpolitik entwirft und damit weitgehend unter ein ökonomisches Paradigma stellt.

Ein dritter Fragenkomplex betrifft die Problematik der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit, die immer noch zu sehr als Privatangelegenheit der Betroffenen behandelt wird und von bestimmten, je nach Standort unterschiedlichen Einseitigkeiten der Wahrnehmung bezüglich der Geschlechterrollen und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung geprägt ist. Aus diesen Problemanzeigen ergeben sich verschiedene Anforderungen an Familienpolitik als Querschnittspolitik: Gegen die Realität familienpolitischer „Flickenteppiche“ richtet sich das Postulat, einkommenspolitische, arbeits- und sozialrechtliche sowie rentenrechtliche Aspekte und Maßnahmen in einer familienpolitischen Gesamtkonzeption zu integrieren. Solches wird um so eher gelingen, wie nicht nur die öffentlichen Hände, sondern auch nicht-staatliche Akteure – zum Beispiel Unternehmen – durch eigene familienfreundliche Strategien eine solche Politik unterstützen. Mit Blick auf die demographische Situation gilt es ferner, Aspekte der intergenerationellen Gerechtigkeit strukturell in eine integrative Familienpolitik zu implementieren. Schließlich erscheint es angesichts der zunehmenden Verlagerung politischer Steuerungskompetenz von der nationalen auf die supranationale Ebene unerlässlich, auch auf der Ebene der europäischen Gemeinschaft die familienpolitische Verantwortung systematisch in Zielformulierungen und ordnungspolitische Konzepte einzubauen.

Einige der angesprochenen Problemfelder werden in den folgenden Beiträgen erneut aufgegriffen: So nimmt das dritte Kapitel die Problematik der „Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit“ noch einmal auf und bündelt in zehn Thesen Aspekte der Fragestellung, die bereits im zweiten Kapitel angesprochen worden waren. Neu ist die Perspektive des Ver-

gleichs mit politischen Strategien anderer EU-Länder. Der vierte Beitrag widmet sich dem Zusammenhang von „Familienpolitik und Bevölkerungsentwicklung“. Er plädiert für eine „bevölkerungsbewußte“ und „zuwanderungsbewußte“ Familienpolitik, allerdings gegen eine bevölkerungspolitische Instrumentalisierung der Familienpolitik.

Das Thema der „Generationensolidarität“ wird im fünften Beitrag erneut aufgegriffen, und zwar unter der speziellen Frage nach Leistung und Grenzen des empirisch-analytischen Instruments der „Generationenbilanzen“, mit denen hauptsächlich steuerpolitische Aspekte und Probleme der intergenerationellen Gerechtigkeit erfaßt und verdeutlicht werden können. Die Notwendigkeit einer besseren politischen Vertretung von Familieninteressen hat immer wieder die Diskussion um ein Familienwahlrecht beflügelt. Im sechsten Beitrag diskutiert Wingen rechtliche und politische Aspekte dieses Vorschlags und läßt deutliche Sympathien für ein Familienwahlrecht im Sinn eines Vertretungswahlrechts der noch nicht stimmberechtigten Kinder/Jugendlichen erkennen: Es könnte der gesellschaftlichen Bedeutung der Familie und einer nachhaltigen Familienpolitik aufhelfen. In jedem Fall aber trage, so der Autor, schon die Diskussion um solche Innovationen zur familienpolitischen Bewußtseinsbildung bei.

Die Familie ist als Querschnittsaufgabe der Politik und ähnlich als Querschnittsthema einer Vielzahl wissenschaftlicher Disziplinen zu sehen. Einerseits betont Wingen zu Recht die Bedeutung solider empirischer Grundlagen, insbesondere auch der statistischen Datenbasis, zum anderen unterstreicht er bestimmte normative Orientierungen für gesellschaftliche, vor allem ordnungspolitische Familienförderung, und ausdrücklich das Festhalten am Vorrang der ehebasierten Familie (ungeachtet der faktischen Pluralisierung der Lebensformen und der staatlichen Verpflichtung, auch nichteheliche Familien zu fördern). Als zentrales Credo hält sich in allen Beiträgen die öffentlich-gesellschaftliche Bedeutung der Familie bzw. der Widerstand gegen Tendenzen zur Privatisierung der Familie(nverantwortung) durch. Dem ist unbedingt

zuzustimmen. Die Zusammenführung empirisch-analytischer, politischer und normativ-ethischer Perspektiven und Kompetenzen zur Stärkung dieser Einsicht ist und bleibt ein dringendes Anliegen, soll der gesellschaftlichen Bedeutung der Familie eine entsprechend gerechte Politik zur Seite gestellt werden.

Die Beiträge sind (mit zwei Ausnahmen) bereits zuvor in unterschiedlichen Zusammenhängen veröffentlicht worden und gehen meist auf Vorträge zurück. Gerade für die stark situationsbezogenen Texte und Passagen wäre eine gewisse redaktionelle Überarbeitung für die Präsentation in diesem Band sinnvoll gewesen und hätte die Leserfreundlichkeit erhöht. Die Verwendung von Abkürzungen ist innerhalb der Beiträge uneinheitlich; Anmerkungen und Veröffentlichungsnachweise finden sich jeweils am Ende der einzelnen Beiträge, was die Lektüre etwas unübersichtlich macht. Ein Sachregister hätte die Orientierung in dem materialreichen und anregenden Band erleichtert.

Marianne Heimbach-Steins

Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Hg. v. Robert D. PUTNAM. Übers. v. Karlheinz Dürr u. Ursula Schäfer. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2001. 798 S. Gb. 59,-.

Sozialkapital als ein Begriff in der jüngeren sozialwissenschaftlichen Diskussion bezeichnet allgemein gesprochen die Fähigkeit einer Gesellschaft zur Zusammenarbeit und sozialen Vernetzung. Dieses Potential ist meist so selbstverständlich, daß man seine Bedeutung erst dann erkennt, wenn man diese Fähigkeit vermißt oder den Eindruck hat, sie könne verloren gehen. Daher ist es kaum verwunderlich, daß dieser Begriff gerade zu einer Zeit immer häufiger auftaucht, in der sich die Stimmen mehren, die einen Schwund an gesellschaftlichem Zusammenhalt und Gemeinsinn zu beobachten meinen. Gerade in den westlichen Industriegesellschaften scheint der Schwerpunkt der Diskussion um das Sozialkapital auf dem drohenden Werteverlust und dem Verfall von sozialer Integration zu liegen.

Dies legen etwa die jüngsten Studien des in